

# **Presseerklärung des *DLH***

## **Demonstration gegen Lohnraub und Bürgerschaftsbeschluss zum „Weihnachtsgeld“ am 26.10.2011**

### **Schulfrieden durch Senat und Bürgerschaft aufgekündigt**

Der Deutsche Lehrerverband Hamburg (*DLH*) hat sich als Gewerkschaft für Schule und Bildung am 26. Oktober 2011 wiederum mit zahlreichen Mitgliedern an der bereits dritten Demonstration gegen den ungerechtfertigten Lohnraub bei den Hamburger Beamten beteiligt. Es wird mit Sicherheit nicht die letzte Aktion sein, da die Bürgerschaft zeitgleich mit der Demonstration die Wegnahme der Sonderzahlung beschlossen hat. „Da der Protest nicht gereicht hat, fordern die Mitglieder jetzt andere Maßnahmen!“, so der Vorsitzende des *DLH*, Helge Pepperling, der nun den Klageweg anpeilt.

Für den Zorn der Hamburger Beamtinnen und Beamten sind darüber hinaus unverändert die folgenden Gründe maßgeblich:

- Die Sonderzahlung („Weihnachtsgeld“) ist kein Bonus, sondern ein Gehaltsbestandteil. Die Wegnahme bedeutet eine Einkommenskürzung von 3 bis 5%.
- Die von der Bürgerschaft am 26. Oktober mit den Stimmen der SPD-Mehrheit beschlossene Wegnahme bzw. erneute Kürzung passt nicht in die Landschaft: Erneut werden die Hamburger Beamten gegenüber ihren angestellten Kollegen schlechter gestellt, während für die Bundesbeamten die Sonderzahlung wieder in alter Höhe gewährt wird.
- Gerade hat das Landesarbeitsgericht in Rheinland-Pfalz entschieden, das durch langjährige Zahlung des Weihnachtsgeldes eine betriebliche Übung entstanden sei und das Weihnachtsgeld nicht einfach abgeschafft werden darf. Wenn alle Verschlechterungen aus dem Arbeitnehmerbereich zeitnah auf die Beamten übertragen werden, erwarten wir auch hier Gleichbehandlung.
- Die Hamburger Beamten haben bei gleichzeitiger Arbeitsverdichtung bisher bereits einen Sparbeitrag von ca. 250 Mio. Euro geleistet. Diese Zahl wird auch vom Hamburger Senat nicht bestritten.
- Zum ersten Mal wurde nicht eine gleichmäßige Absenkung der Bezüge beschlossen, sondern eine Kürzung der Sonderzahlung nach Besoldungsgruppen. Die pensionierten Hamburger Lehrer und Lehrerinnen trifft das wegen der totalen Streichung besonders. Eine Begründung hierfür war vom Senat nicht zu erlangen.
- Die fatalen Auswirkungen auf den Lehrernachwuchs für einen immer unattraktiver werdenden Beruf sind für den *DLH* Anlass zu ernster Sorge. Die Hamburger Lehrerbesoldung rangiert nun an vorletzter Stelle im Bundesgebiet.

Der *DLH* fordert unverändert die volle Zuwendung der Sonderzahlung und wird auf die Rücknahme des Bürgerschaftsbeschlusses hinwirken.

Hierzu wird der *DLH* zusammen mit dem dbb Hamburg den Klageweg beschreiten und sieht diesen durchaus nicht als aussichtslos an.

Weiterhin fordert der *DLH*, dass die Sonderzahlung in der bisherigen Höhe in das monatliche Einkommen integriert wird.